Krise killt Frauenrechte

Am 8. März ist Frauentag. In der täglichen Praxis wird die Situation für Frauen schlechter. Krisen bedeuten hier stets einen Rückschlag. Auf sozialer Ebene, weil mit den Kürzungen ihre finanzielle Unabhängigkeit beschnitten wird und Arbeit auf sie ausgelagert wird. Und auf politischer Ebene, weil die herrschende Klasse zum Angriff auf Frauenrechte rüstet. **Seite 2**

Wahlen in Südafrika

Die politische Landschaft Südafrikas ist nach der Streikwelle im Bergbau und dem Massaker von Marikana im Umbruch. Neben den Economic Freedom Fighters tritt die Workers and Socialist Party bei den Wahlen 2014 an. Nun hat die MetallarbeiterInnengewerkschaft NUMSA entschieden, dem African National Congress (ANC) die Unterstützung zu entziehen. **Seite 12**

Schwerpunkt

Brasilien gilt unter der Regierung der PT als Beispiel für den Aufstieg eines Schwellenlandes. Doch die Proteste im Sommer 2013 zeigen, dass die sozialen Probleme enorm sind. **Seiten 7–10**

VORWÄRTSSCHWERPUNKT

Brasilien in Aufruhr

Vom Wirtschaftswunder zum Protestzentrum Lateinamerikas

VORWÄRTS

SLP Sozialistische LinksPartei

CWI CIT

Normalpreis € 1,–
Solipreis € 2,–

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 226 | 03.2014

Geld für Jobs und Soziales – Nicht für Banken!

Die Bankenrettungen sind das sprichwörtliche Fass ohne Boden. Man kann gar nicht so schnell schauen, wie die Regierung da unsere Milliarden bereitstellt. Was wird dabei gerettet? V.a. ihre eigenen Jobs und die Gewinne ihrer FreundInnen. Der Hintergrund der Bankenkrise (die zu einer handfesten Wirtschaftskrise führte) ist das kapitalistische System. Gierige BankerInnen und PolitikerInnen, die alles für einen Selbstbedienungsladen halten, haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Haider war einer davon, doch es gibt noch viele mehr, und die machen fleißig weiter. Haider und sein FPÖ/BZÖ-System haben viel Dreck am Stecken (und werden nicht zur Rechenschaft gezogen). Doch es gab auch einen Landtag und einen Aufsichtsrat und da waren auch andere Parteien vertreten. Da stellt sich wieder mal die Frage, wofür diese angeblichen „ExpertInnen“ und „Profis“ eigentlich das viele Geld kassieren. Und seit der Notverstaatlichung 2009 hat die Regierung es den SpekulantInnen ermöglicht, weiterhin gute Geschäfte zu machen. Und genau daran wollen die Herrschenden – egal welcher Couleur – auch nichts ändern. Ihre Vorstellung vom Staat ist, dass er den Rahmen und die Grundlagen schaffen muss, auf denen die KapitalistInnen, egal ob als Einzelpersonen oder Unternehmen, ihre Profite scheffeln können. Bei der Hypo, der Ersten, der Bank Austria....

Banken enteignen statt mit unserem Geld hochpäppeln!

Als SozialistInnen sind wir für Verstaatlichung. Aber nicht nach dem Prinzip „Verstaatlichung der Verluste, Privatisierung der Gewinne“. Wir sind dafür, dass die Banken – und zwar alle – von der Öffentlichen Hand übernommen werden sollen. Die Einlagen der kleinen SparerInnen müssen gesichert werden. Die Anteile und Einlagen der großen KapitalistInnen, die sich so lange auf unsere Kosten bereichert haben müssen herangezogen werden, um die Banken zu stabilisieren. Die Verwaltung und Kontrolle muss durch die Beschäftigten, VertreterInnen der KleinsparerInnen und jener, die die Werte in unserer Gesellschaft schaffen – die ArbeiterInnen – durchgeführt werden. Dann ist die Bank wirklich unsere Bank!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Offenlegung der Bücher von Hypo & Co. – wo ist unser Geld hin?
- Enteignung von SpekulantInnen und GroßaktionärInnen
- Übernahme der Banken durch die Öffentliche Hand – Verwaltung durch Beschäftigte, KundInnen und Gewerkschaften.

Sozialistische LinksPartei (Österreichische Sektion des CWI): T 01.524 63 10 M slp@slp.at W www.slp.at

Der Standpunkt

Chance vertan: Sowas von gar nicht anders...

von Sonja Grusch Ende Mai finden die EU-Wahlen statt, eine Denkzettelwahl. Weil's „eh wurscht is“, werden extreme Rechte, HP Martin, christliche Fundis, rechte EU-GegnerInnen und die neoliberalen Neos Stimmen kriegen.

Auf der Linken soll es mit „Europa anders“ was ganz Neues geben: ein Bündnis aus KPÖ, Wandel und Piraten. Der gemeinsame Nenner ist klein, folglich strotzt das bisher vorgeschlagene Programm von schwammigen Allgemeinplätzen.

An dieser Stelle habe ich oft auf die Notwendigkeit einer neuen ArbeiterInnenpartei hingewiesen. Solange es eine solche nicht gibt, haben wir linke Wahlbündnisse vorgeschlagen. Nun gibt es „Europa anders“ - entstanden im stillen Kämmerlein durch Verhandlungen zwischen den Spitzen dreier Gruppen. Sind wir beleidigt, dass wir nicht zu Gesprächen eingeladen wurden? Nein, es hat uns nicht verwundert. Allen drei ist die Abgrenzung nach links und Absenz in den Bewegungen, die real stattfinden gemein - wie jener der Beschäftigten im Sozialbereich, der Flüchtlingsbewegung, dem Streik bei KBA uvm.

Ist es also „eh wurscht“ weil die EU-Wahl „eh wurscht“ ist? Leider nein. Der Wunsch nach einer neuen Linken ist groß. „Europa anders“ ist diese nicht. Kann die neue Linke tatsächlich besser mit dem liberalen Ehrenhauser aufgebaut werden? Der Versuch, eine neue Linke auf einem nur-ja-nicht-zu-radikalen Programm aufzubauen, hat nirgends in Europa dauerhaft funktioniert. Die radikalen Angriffe des Kapitalismus brauchen radikale Antworten, also solche, die die Probleme an der Wurzel packen. „Europa anders“ wird eine herbe Enttäuschung werden - selbst bzw. gerade wenn sie wider Erwarten gewählt werden, werden die MandatarInnen beim ersten Gegenwind in die Knie gehen. „Europa anders“ wirft den Aufbau einer echten neuen Linken zurück. Ich kann mich irren, ich hoffe es sogar. Aber glauben tu ich es nicht...

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | **Druck:** digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | **DVR:** 0820202 | **Zulassungs-Nr.:** 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Krise killt Frauenrechte

Es ist kein Geheimnis, dass mit der Krise nicht nur Druck und Zukunftsängste steigen, sondern auch Gewalt gegen Frauen. Laut Gewaltschutzzentren und Frauenhäusern nimmt die Zahl der Anfragen zu, doch die Plätze reichen nicht aus.

Nicht verwunderlich: Die Löhne stagnieren, die Lohnschere geht auseinander, Frauen kriegen bestenfalls mies bezahlte Teilzeitjobs. Mieten und Preise steigen. Während die erste Welle der Krise noch Männerjobs in der Industrie betraf, steigt nun auch die Arbeitslosigkeit in Frauenbranchen. Es ist kein Zufall, dass in Griechenland seit der Krise die Prostitution explodiert. Krisen bedeuteten stets einen Rückschlag auch im Frauenbild. Sie erschweren finanzielle Unabhängigkeit und erhöhen die Abhängigkeit von Partner und Eltern. Wer am Arbeitsplatz sexuell belästigt wird, kann sich nicht wehren oder kündigen, wenn es keine Jobs gibt. Und Frauen werden vom Arbeitsmarkt zurück in den Haushalt gedrängt. Begleitet von konservativen Rollenbildern und steigendem Sexismus - z.B. durch Angriffe auf das Abtreibungsrecht (wie im Moment in Spanien).

Die Gewalt gegen Frauen steigt mit der Krise...

Wenn junge Frauen keine Perspektiven haben, klammern sie sich an die Strohhalme, die übrig bleiben - möglichst schnell die Ausbildung fertigmachen oder einen „Versorger“ heiraten. Aber Frauen sind auch ein wichtiger Teil der Kämpfe GEGEN die Kürzungspolitik und den Wahnsinn des Kapitalismus. In Spanien, in Schottland - und auch in Österreich. Wir brauchen keine Blümchen, sondern eine kämpferische Politik!

Laura Rafetseder

Regierung kämpft gegen Frauen, nicht für sie!

Die Regierung versucht sich als Kämpferin für Frauenrechte zu präsentieren, am besten medienwirksam. Im Regierungsübereinkommen stehen Willensbekundungen, kosten dürfen die aber nichts. In der Praxis wird gekürzt - z.B. im Gesundheitswesen. Das betrifft Frauen doppelt. Denn dort arbeiten über 80% Frauen - bezahlt (aber schlecht) bei Krankenhäusern, Pflegeheimen, Heimhilfe etc. Und unbezahlt, wird doch der Großteil der Pflege zuhause geleistet. „Ausbau ambulanter Strukturen“ (Regierungserklärung) z.B. bedeutet, dass Kranke kürzer im Krankenhaus bleiben sollen - und länger zuhause gepflegt werden müssen. Wer es ernst meint mit dem Kampf für gleiche Rechte, muss die Einkommen im Gesundheitswesen ordentlich erhöhen und mehr Personal für Kindergärten, Spitäler und Altenpflege zur Verfügung stellen.

Der Frauentag ist ein Kampftag!

Was die Regierung nicht sagt, wenn sie am 8. März den Frauentag "feiert": Er entstand als Kampftag der ArbeiterInnenbewegung und wurde 1910 von der 2. Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen auf Vorschlag der Sozialistin Clara Zetkin beschlossen. 1917 protestierten in Russland am Frauentag ArbeiterInnen und Soldatenfrauen - der Auftakt der Februarrevolution. Da wurden keine Blumen verteilt, sondern demonstriert und gestreikt.

Gründe zu protestieren gibt es auch heute mehr als Gründe zum Feiern. Doch der ÖGB fehlt an diesem Tag. Eine Demonstration von Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen, Kranken- und Altenpflegerinnen, Handelsangestellten, etc. gegen die geplanten Kürzungen, gegen den 12-Stundentag und für höhere Löhne könnte den Frauentag wieder zu einem Kampftag der ArbeiterInnenklasse in Österreich machen.

AK

Wunschzettel für die Wahlen 2014

- [x] Effektive politische Vertretung der ArbeiterInnen
- [x] Kämpferisches Auftreten nach außen
- [x] Mehr als nur Broschüren und Studien
- [x] (Vor-)gelebte Solidarität
- [ ] Sonstiges: KANTINE!!!

Arbeiterkammerwahlen 2014

Bei den letzten AK-Wahlen 2009 beteiligten sich rund 44 %, viele nahmen sie kaum wahr. Die AK wird oft als Service-Institution für KonsumentInnenschutz oder Arbeitsrecht wahrgenommen. Dass sie aber auch eine politische Rolle spielt, sehen wenige. Und das ist nicht immer eine positiver Rolle: Die AK ist als gesetzliche Interessenvertretung bei vielen Gesetzen Verhandlungspartner für die Bundesregierung. Konsequenz: Verschlechterungen für Beschäftigte (12-Stunden-Tag, Pensionsalter) werden nicht effektiv bekämpft. Die AK erstellt zwar diverse Studien, die für fortschrittliche ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen klar die Verschlechterungen aufzeigen, tut dann aber nichts dagegen.

Die Arbeiterkammer hat nur beschränkte Möglichkeiten – und nutzt nicht einmal die!

Warum passiert das so? Die sozialdemokratische FSG hat mit bundesweit über 55 % die absolute Mehrheit, der ÖVP-nahe ÖAAB hält weitere fast 25 %. Die ihnen nahestehenden Parteien bilden die Bundesregierung, die immer wieder Verschlechterungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Arbeitsbedingungen beschließt. FSG und ÖAAB bremsen soziale Proteste, anstatt sie zu organisieren.

Und das könnten die linken Fraktionen in den AK. Eine Möglichkeit dafür ist es, über Anträge Druck aufzubauen, aber auch die Öffentlichkeit zu erreichen, für Flüchtlinge, gegen Rassismus und für die Beschäftigten z.B. im Sozialbereich. Die AK-Wahlen sind kein Ersatz für Aktivitäten, doch linke AK-RätInnen können Bewegungen eine lautere Stimme geben.

Wen aber wählen? Das AUGE-Engagement in sozialen Bewegungen scheint mehr die Privatinitiative Einzelner zu sein als Gesamtstrategie. Die Nähe zu den Grünen erhöht ihren Pragmatismus. Die linken Gruppen GLB und KOMintern haben v.a. in der Steiermark, OÖ und Wien eine wichtige Rolle gespielt. v.a. bei den Protesten im Sozialbereich. Die Programme der linken Listen sind in Punkten wie Arbeitszeitverkürzung, Antirassismus und gegen Privatisierung ähnlich. Ein wichtiges Feld für die nächsten Monate wäre eine gemeinsame Kampagne gegen die Verlängerung des Maximalarbeitstages auf 12 Stunden.

Bertl Hill

Frauen als Opfer der Krise

Die prekäre Geldsituation wirkt sich auf die Anzahl der Gewaltdelikte gegen Frauen und Kinder aus. Im Krisenjahr 2009 wurde eine Zunahme um rund 10 % gemessen. Gleichzeitig wird durch die Kürzung der Ermessensausgaben den Fraueneinrichtungen Geld gestrichen. „Frauenministerin“ Heinisch-Hosek unterstützt eine CD, deren Erlös für Frauenhäuser verwendet wird. D.h. wir sollen zahlen, was sie wegkürzt.

Männer waren zu Beginn der Krise stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Doch die Frauen folgten rasch: Waren 2009 von den Rückgängen bei den Normalarbeitsverhältnissen nur 10 % Frauen, stieg der Wert 2010 auf 70 %. Durch Verlust eines Jobs werden Frauen vermehrt in die (Schein- bzw. sehr riskante selbstausbeuterische) Selbstständigkeit getrieben. Ein Beispiel: die ehemalige dayli-Beschäftigte, die nun im ehemaligen Lokal ein eigenes Unternehmen gründet. Rund ein Drittel der 'Neuen Selbstständigen' sind Frauen.

Weil viele Frauen in traditionellen Niedriglohnbranchen bzw. im Öffentlichen Dienst arbeiten, geht die Lohnschere weiter auseinander. Dafür verantwortlich sind magere Abschlüsse wie im Sozialbereich oder die Nulllohnrunden (= Reallohnverluste) im Öffentlichen Dienst.

Frauen sind von Kürzungen besonders betroffen, da sie weniger Geld haben, mehr von Sozialleistungen abhängig sind und Güter des täglichen Bedarfs über Massensteuern teurer werden. Wenn die Öffentliche Hand Pflege, Kinderbetreuung usw. nicht übernimmt, sind Frauen die Lückenbüßer: 80 % der pflegebedürftigen Menschen werden von Familienmitgliedern zu Hause gepflegt. Zwei Drittel davon sind Frauen.

Der rechte Rand

Die Liste ungestrafter oder nur leicht „getadelter“ österreichischer Nazis und Rechter ist lang. Ein Gutteil ihrer Aktionen bleibt unaufgeklärt.

In Graz wurden im Jänner zwei migrantische Rapper mit Geld- und bedingten Haftstrafen für antisemitische Hetze verurteilt. In einem Musikvideo beantworten „Yasser&Ozman“ einen „zionistisch-amerikanisch-freimaurerischen“ Krieg gegen die islamische Welt mit einer Kriegserklärung. Deutlicher werden sie und ihre Fans in den Kommentarspalten auf Facebook und Youtube.

AntisemitInnen verdienen keine Solidarität! Doch bleibt das flaue Gefühl: Warum ist der Staat so fix bei migrantischen Rechtsextremen, lässt FPÖ, Burschis und Neonazis jedoch fast alles durchgehen? Nazikader Küssel kann sich über Haftverkürzung freuen. Im Kampf gegen Rechts, egal mit welchem ethnischen Hintergrund, ist der Staat kein Partner.

Viele, besonders junge, Muslime&Muslimas radikalisieren sich. Die Diskriminierung in Österreich und der Imperialismus in der islamischen Welt treffen auf die Probleme der ganzen Generation: Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit... Die Einzigen, die scheinbar Antworten geben, sind viel zu oft Moschee-Gemeinden, darunter auch die Minderheit der FundamentalistInnen. Auch andere Rechtsextreme haben Zulauf. Die FPÖ ist bei SerbInnen populär, die grauen Wölfe unter TürkInnen präsent.

Die Antwort darauf ist der Aufbau einer echten, linken Alternative. Rechtsextremismus unter MigrantInnen kann nur durch das gemeinsame Agieren von Linken, egal welcher Herkunft, zurückgedrängt werden.

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

In Genua waren seit Sommer 2013 umfangreiche Privatisierungen von kommunalen Betrieben wie Personen-Nahverkehr, Müllabfuhr etc. geplant. Jedoch beschlossen die Beschäftigten, diese nicht hinzunehmen. Als die Pläne im August bekannt wurden, besetzten Beschäftigte das Rathaus und erreichten, dass der Privatisierungs-Beschluss verschoben wurde. Dem zweiten Versuch, die Privatisierungen durchzuboxen, folgten noch entschlossenere Reaktionen. Wieder besetzten ArbeiterInnen das Rathaus. Es kam zu wilden Streiks, die die Stadt für fünf Tage lahmgelegten. Solidarität und Unterstützung kam aus ganz Italien. Durch den Druck von unten auf die Gewerkschaft konnte auch sie zu einer Unterstützung des Streiks gebracht werden.

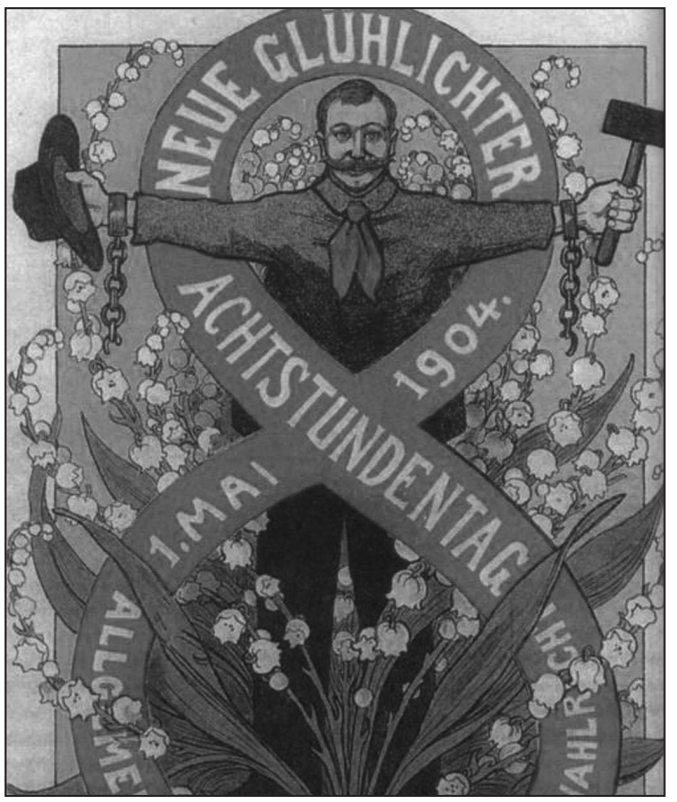
Die italienische Sektion des CWI ('Contro-Corrente') war von Anfang die einzige politische Organisation, die Teil des Widerstands gegen die Privatisierungen war. Die Mitglieder beteiligten sich an der Organisation des Streiks und anderer Solidaritätsaktionen.

Der Staat griff ein und bürdete jedem Streikenden eine Strafe zwischen 500 und 1000 € auf. Nach fünf Tagen wurde der Streik beendet. Das enttäuschte viele ArbeiterInnen, da die Privatisierungen zwar verschoben, aber nicht komplett ausgeschlossen wurden.

Trotzdem kann der Streik als Vorbild für andere Arbeitskämpfe dienen; sowohl in Italien als auch in ganz Europa. Er hat gezeigt, welche Macht die Beschäftigten besitzen, wenn sie sich entschlossen gegen Angriffe wehren.

Christoph Glanninger

Zwölf-Stundentag gemeinsam verhindern!



Der Plan: Im Rahmen von Gleitzeitvereinbarungen soll ein 12-Stundentag möglich werden. Vielen ArbeitnehmerInnen ist nicht bewusst, dass die gesetzliche tägliche Höchstgrenze der Arbeitszeit bei 10 Stunden liegt (außer es liegt bezahlte Arbeitsbereitschaft oder ein Notfall vor). Und „legal" ist das auch nur mit entsprechenden Vereinbarungen in Kollektiverträgen und Betriebsvereinbarungen möglich. Die Realität sieht oft anders aus. Mangels entsprechenden Gegendrucks aus den Gewerkschaften, der Angst vor Arbeitslosigkeit und aus Unwissenheit arbeiten viele Beschäftigte wesentlich länger. Auch die 68 Millionen unbezahlten Überstunden jährlich sprechen eine klare Sprache. Es reicht eben nicht, ein Recht zu haben. Es muss in der Praxis immer wieder neu erkämpft und verteidigt werden.

Im Wahlkampf war die SPÖ war noch gegen den 12-Stundentag. Jetzt soll er kommen...

Rund 25% aller ArbeitnehmerInnen arbeiten „Gleitzeit". Dies gibt den Beschäftigten die (real oft nicht existierende) „Freiheit", über Teile der Arbeitszeit selbst zu bestimmen. Für die UnternehmerInnen bringt das Möglichkeiten, Überstundenzuschläge zu sparen. Setzt sich die Regierung durch, werden wir eine massive Zunahme der Gleitzeit erleben. Außerdem: Gibt es den 12-Stundentag bei Gleitzeit, ist die Ausweitung nur mehr eine Frage der Zeit. Auf unserem Rücken soll die Wirtschaft „fit" gemacht werden.

Im Wahlkampf war die Empörung der Gewerkschaften groß, dann aber machte die FSG-Spitze der Regierung die Mauer. Aber ein Regierungsübereinkommen ist noch kein Gesetz! Wenn sich jetzt unzufriedene BetriebsrätInnen, Gewerkschaftsmitglieder und AK-FunktionärInnen fraktionsübergreifend zusammentun und eine Kampagne gegen den 12 Stundentag starten – dann könnte ein Beschluss im Nationalrat verhindert werden. Wir brauchen Arbeitszeitverkürzung statt -verlängerung! Der Druck muss so groß sein, dass die FSG-ParlamentarierInnen sich nicht an der SPÖ, sondern an der Gewerkschaftsbasis orientieren. Aktionen auf der Straße und im Betrieb könnten die Gesetzesvorlage endgültig vom Tisch wischen.

Michael Gehmacher

KBA-Mödling Streik: Jetzt die Lehren ziehen

„Alle Jobs retten!" - Damit starteten die Gewerkschaften ProGe und GPA den Streik beim Druckmaschinenbauer KBA. „Rund 70 Jobs gerettet" war schließlich die „Erfolgsmeldung" aus den Zentralen. Das bedeutet: Ab Juli verschwinden 385 Jobs. Dafür gibt's einen Sozialplan, dessen Inhalt noch offen ist. Dennoch meinen die Gewerkschaften, der Standort sei gesichert. Doch die KollegInnen glauben - zu Recht - nicht dran. KBA-Ternitz wird geschlossen und sie sehen bald auch das Ende für KBA in Mödling kommen. Deshalb hätten viele weiter gestreikt. Die Abstimmung nennen einige „geschoben". Nun gehen viele Jobs nach Sachsen. Dort zahlt die Firma Niedriglöhne.

KBA drohte allen Streikenden mit sofortiger Entlassung. Die Wirtschaftskammer will streiken verbieten. Aber von KollegInnen andere Betriebe gab es unzählige Solidaritätserklärungen. Hätte man diese vom Papier auf die Straße gebracht, hätte das Management einpacken können.

Auch mit den KBA-KollegInnen an anderen Standorten hätte man Kontakt suchen müssen. Ein internationaler Aktionstag hätte viel bewirkt. KBA hätte gesehen: Die Beschäftigten lassen sich nicht spalten! Mehr wäre möglich gewesen, doch die Gewerkschaft war nicht bereit dazu...

Christian Bunke

Polizeigewalt gegen AntifaschistInnen

Seit einigen Jahren gibt es massiven Widerstand gegen den früheren WKR- und heutigen Akademikerball. Anfangs waren die Protestaktionen eher schlecht koordinierte „Katz und Maus"-Spielchen mit der Polizei. Doch seit 2012 gibt es ein breites Bündnis, welches die Proteste organisiert: die „Offensive gegen Rechts" (OGR).

Die SLP war von Beginn an Teil des Bündnisses. Sie versucht, politische Antworten auf den Aufschwung der FPÖ zu geben und als Konsequenz daraus, Gewerkschaften mit ins Boot zu holen. So unterstützen seit 2013 sowohl die ProGe als auch die Bauholz-Gewerkschaft die Proteste formal, wenngleich natürlich zusätzlich aktive Beteiligung eingefordert werden muss.

Die diesjährigen Proteste gegen den Akademikerball waren dann der vorläufige Höhepunkt der OGR-Mobilisierungen: 5.000 AntifaschistInnen zogen von der Uni Wien zum Stephansplatz und teilten sich dort in zwei Blockadeblöcke, die bestimmte Zufahrtsstraßen zur Hofburg besetzen sollten. Die SLP mit Mitgliedern aus fast allen Bundesländern schloss sich jenem Block an, der Richtung Löwelstraße zog, um dort die Ballhausplatz-Zufahrt zu blockieren. Rasch sammelten sich hunderte AntifaschistInnen vor den Tretgittern, hinter denen die Polizei mit Helm und Schlagstock wartete. Obwohl dieser Blockadepunkt ein Ruhepol war, umstellte die Polizei den gesamten Platz und versuchte, die Leute mit Stößen und Pfefferspray auseinander zu treiben. Allein hier wurde deutlich gezeigt, dass die Polizeigewalt an diesem Abend keine Reaktion auf vereinzelte Sachbeschädigungen war, sondern der gezielte Versuch, die Proteste zu unterdrücken und das rechtsextreme Vernetzungstreffen zu schützen.

Die massive Polizeigewalt kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Proteste gegen den Ball von Jahr zu Jahr erfolgreicher werden. 2008 waren es noch 2.500 Burschenschafter, die in der Hofburg tanzten, 2014 nur noch zwischen 400 und 800.

Angesichts der Gefahr, die von der FPÖ für ArbeiterInnen ausgeht und der Einschränkung demokratischer Grundrechte durch die Polizei, müssen bei künftigen Mobilisierungen verstärkt Gewerkschaften und BetriebsrätInnen eingebunden werden, um die Burschenschaften endgültig aus der Hofburg und jedem Ersatzquartier zu vertreiben.

Gabriel Winkelmüller

(c) osaka.at

One Billion Rising

Die Gewalt gegen Frauen können wir nicht weg-tanzen!

Am Freitag, den 14.2. gingen weltweit Millionen Menschen auf die Straße, um gegen Gewalt an Frauen und gegen Sexismus zu tanzen. Auch in vielen österreichischen Städten protestierten zahlreiche Menschen. One Billion Rising stand unter dem Motto „steht auf, streikt, tanzt" doch wurde die politische Agenda v.a. von Grünen und SozialdemokratInnen bestimmt und blieb damit zahnlos aufs Tanzen beschränkt. Die Gewerkschaften waren gar nicht eingebunden.

Unter anderem kamen die Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger und Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden zu Wort, was in Hinblick auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen kein Zufall ist. Soziale Fragen wurden ausgeklammert und konkrete Forderungen blieben aus.

SLP-lerInnen nahmen im Rahmen der Kampagne „Nicht mit mir" in Salzburg, Wien, Graz, Gmunden und Linz teil. Bundessprecherin Sonja Grusch kritisiert in ihrer Rede in Wien die Kürzungspolitik der Regierung und erhielt dafür viel Applaus: „Ich bedanke mich nicht bei den PolitikerInnen fürs Kommen, denn sie sind mit ihren Kürzungen verantwortlich für Gewalt gegen Frauen... Meine BündnispartnerInnen sind die Frauen, die sich weltweit genau dagegen wehren."

Unsere Zeitung und unsere neue Broschüre „Russland: Revolution – Frauenbefreiung – Stalinismus" stießen auf Interesse. Werde auch du aktiv im Kampf gegen die Kürzungen und für die Befreiung der Frau.

Sarah Krenn

Nach Innsbruck & Wien: Auch in Linz Großdemo gegen Burschis

Am 8. Februar gingen gut 2.000 gegen den Linzer „Burschenbundball" auf die Straße. Dieser wird von deutschnationalen Burschenschaften organisiert, dient als Vernetzungstreffen für Rechtsextreme und steht unter dem „Ehrenschutz" von LH Pühringer und Uni-Linz Vizerektor Roithmayr.

Anders als im Vorjahr rief ein breites Bündnis mit Gewerkschaftsbeteiligung zur Demonstration auf. Wochenlang wurde mit Flugis, Plakaten & Pickerln mobilisiert. Aus der geplanten „Tanz-Demo" wurde eine lautstarke politische Manifestation gegen rechte Hetze. Die SLP stellte einen kämpferischen Block, brachte soziale Inhalte ein und verkaufte 55 Zeitungen. Viele Jugendliche schrieben sich in Kontaktlisten ein. Mit Straches Linz-Besuch am 1. Mai gibt's auch bald den nächsten Anlass, gegen rechte Hetze auf die Straße zu gehen.

Florian Klabacher

Termin des Monats

15.3. in Linz: Marximus konkret

Ein eintägiges Seminar in Linz für SozialistInnen und solche, die es werden wollen. Die Themen sind u.a. Welt im Umbruch, Rechtsextremismus in Österreich und der antifaschistische Kampf in Griechenland. Auch Grundsätzliches wie „Was ist Sozialismus?" und die „Proletarische und bürgerliche Frauenbewegung" werden diskutiert. Mit Filmen, Arbeitskreisen und mehr. Veranstaltung & Diskussion.

Samstag, 15. März 2014 von 10:00 bis 18:00
Ort: Jugendzentrum STUWE | Steingasse 5, Linz
Bitte um eine Teilnahmespende von mind. 5 Euro

Rote Seitenblicke

In armen äquatornahen Ländern ist der Zugang zu und die Verfügbarkeit von medizinischer Versorgung stark eingeschränkt. Organisationen wie "Ärzte ohne Grenzen", Hilfsprogramme und -Organisationen auf Spendenbasis wenden viel Geld und Energie dafür auf, die Lage zu verbessern. An den Ursachen wird jedoch nicht gerührt und für eine menschenorientierte "slow medicine" fehlt das Geld, oder sie ist von Kürzungen bedroht.

Als schamloser Trittbrettfahrer ist der Verein "Homöopathen ohne Grenzen" (HoG) aufgesprungen und missioniert mit religiösem Eifer in diesen Ländern, wo sie HomöopathInnen "ausbilden". Ganz selbstlos verhelfen Sie so den Betroffenen zur Selbstschädigung. Kugerln schlucken und beten statt fundierter Behandlung. Wohlgemerkt geht's hier nicht um Schnupfen, sondern um tödliches wie Malaria, Typhus etc..

Für die Wirksamkeit der Homöopathie gibt es keinerlei robuste Daten. Das "Prinzip" entbehrt jeder Vernunft. Die Menschen in diesen Ländern brauchen leistbaren Zugang zu guter medizinischer Versorgung. Sie brauchen gut ausgebildetes Gesundheitspersonal, das geografisch und finanziell leicht zugänglich ist, das auch Zeit für den/die EinzelneN hat. Sie brauchen keine teuren Lactosekügelchen oder Tropfen. Denn die helfen ihnen nicht mehr als ein Scheinmedikament - was sie ja auch sind.

Wird dem Treiben der HoG nicht Einhalt geboten, gibt es bald Aktionen wie "Granderwasser für Ghana" oder "Bachblüten für Bolivien" - profitabel auf Kosten der Ärmsten.

Peter Gründler

Oida taunz – Profite ohne Herz

Unter „Österreichbezug“ wird offenbar die unterste Schublade verstanden.

Castingshows haben mittlerweile einen festen Platz in der Popkultur. Das ist nicht unbedingt schlecht: Viele „normale“ Menschen bewerben sich und zeigen, dass in ihnen mehr steckt als das, was sie arbeiten müssen. Die BewerberInnen werden aber immer auch in ein Konzept gepresst, hinter dem profitable und ideologische Interessen stecken. Nachsichtig könnte man „Herz von Österreich“ als missglückten Versuch zur Wiederbelebung des Austropop verstehen. Doch Statements von Ausgeschiedenen ist zu entnehmen, dass sie nach einer halben Minute abgedreht worden seien, ihre eigenen Texte nicht einmal angeschaut worden seien usw.

Die Teilnahmebedingung lautet, es müsse „österreichisches Deutsch“ gesungen werden, also auch Dialekt. Und es solle in Text und/oder Musik ein „Österreichbezug“ erkennbar sein. Wir staunen. Das „Herz von Österreich“ besteht also nach Ansicht der MacherInnen von puls4 aus einer ganz bestimmten Sprache mit ganz bestimmter Färbung. Slowenisch und Kroatisch gehören demnach nicht zum Herz Österreichs, obwohl sie laut Verfassung österreichische Sprachen sind. Wenn nicht einmal diese Sprachen zum „Herz“ Österreichs gehören, welchen Körperteil stellen dann andere in Österreich gesprochene Sprachen dar? Was ist „österreichisches“ Deutsch? „Tomate“ statt „Paradeiser“ als Ausscheidungsgrund? Es gibt gute Musik in Österreich, darunter auch „traditionelle“ Musik und Kultur (die selbst Produkt verschiedener älterer nationaler und kultureller Einflüsse ist). Die wird jedoch mit Nationalismus und sexistischen Texten verunglimpft. Als österreichisch gilt nur, was dem FPÖ-Bild des Deutsch-Österreichers entspricht. Es wird einRassismus transportiert, der keinen wissenschaftlichen Erfahrungen zur Sprachentwicklung und -veränderung standhält. Lokale KünstlerInnen werden nicht gefördert, indem ein nationalistisches Gegenstück zur „amerikanischen Musik“ aufgebaut wird, sondern durch Förderungen ohne kulturellen Maulkorb. Dort wird aber gekürzt. Stattdessen werden neue Ressentiments gezüchtet darüber, was "echt" österreichisch sei..

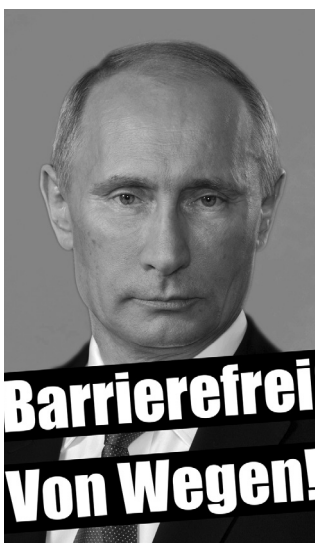
Helga Schröder

Barrieren, so weit das Auge reicht

Im März finden in Russland die olympischen Winterspiele für Menschen mit besonderen Bedürfnissen statt. Sieht man sich deren Situation in Russland an, kann man das kaum glauben. Die angeblich barrierefreien neuen Hotels und Einrichtungen in Sotschi und Umgebung dienen der Imagepolitur und kommen mehr den AthletInnen und TouristInnen als den rund 13 Millionen behinderten Menschen in Russland zugute. Menschen mit einer Gehbehinderung können oft nicht einmal das Haus verlassen. Für seh- und hörbehinderte Menschen fehlen die notwendigen Beschriftungen nach dem 2-Sinne-Prinzip (Signale/Hinweistafeln, die visuell und akustisch gekennzeichnet sind). Die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen beinhaltet dieses als zentralen Punkt der barrierefreien Gestaltung.

Im Mai 2012 wurde sie auch von Russland ratifiziert. Praktisch ist die Teilhabe an der Gesellschaft (beinhaltet vor allem Zugang zu Bildung und Arbeit) für die Mehrheit der Behinderten nicht möglich. Die vorhandenen Gelder müssen in Maßnahmen zu Umsetzung der Barrierefreiheit fließen und nicht in Sportstätten, die nach Olympia keiner mehr braucht - und schon gar nicht in die vielen privaten Taschen.

Margarita Döller



Brasilien in Aufruhr

Vom Wirtschaftswunder zum Protestzentrum Lateinamerikas

Im Sommer 2013 hat Brasilien sich wieder in die 1. Liga der sozialen Kämpfe gebracht. Was in Sao Paolo als kleiner Protest gegen Buspreiserhöhungen begann, breitete sich schnell auf das ganze Land aus. Rasch wurde eine massive Opposition gegen neoliberale Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse daraus. Sie haben die riesige Kluft zwischen Arm und Reich sichtbar gemacht. Was als Vorzeigewirtschaft der BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China) galt, hat sich in einen kapitalistischen Albtraum verkehrt. Für beinahe ein Jahrzehnt war Brasilien, die siebtgrößte Wirtschaft der Welt, mit mehr als 5 % jährlichem BIP-Wachstum eine der am schnellsten wachsenden überhaupt. Während des hohen Wachstums wurden viele Kämpfe von den Hoffnungen der Menschen, dass sie auch vom Boom profitieren könnten, gebremst.

Die „Arbeiterpartei“ PT, einst tatsächlich eine starke ArbeiterInnenpartei, nun eine normale neoliberale Partei, hat diese Illusionen gefördert. Als die PT 2002 erstmals an die Macht kam, führte sie einige Sozialprogramme ein, die einer Schicht aus der Armut half. Aber seitdem ist sie nach rechts gegangen und hat viele ihrer einstigen UnterstützerInnen betrogen. Sie hat Verbindungen zum Großkapital aufgebaut und Brasilien Auslandsinvestitionen als gute Anlagemöglichkeit präsentiert – um sich die Weltmeisterschaft 2014 und Olympia 2016 zu sichern.

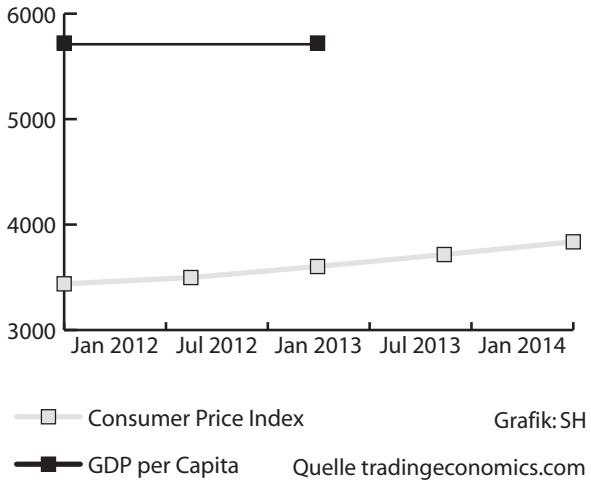
Nun gab es große Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und Armen. Tausende wurden aus ihren Häusern vertrieben, um Platz für Bauprojekte zu machen. Öffentliche Gelder, die den öffentlichen Verkehr verbessern hätten sollen, sind stattdessen in den Stadionbau geflossen. Militaristische „Befriedungscamps“ der Polizei haben vor allem schwarze Stadtviertel terrorisiert. Die Korruption blüht. Mit der globalen Krise und fallenden Investitionen hat sich das BIP-Wachstum zu einem Kriechen verlangsamt und zerstört den ohnehin bescheidenen Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse. In den Favelas/Slums rund um die urbanen Zentren leben Millionen unter prekären Bedingungen. 35 % der Bevölkerung haben weniger als 2 US-Dollar am Tag, in den städtischen Gebieten sind es 51 %. Die schlimmen sozialen Bedingungen haben zu vielen Streiks und Bewegungen geführt.

Viele dieser Kämpfe haben nach der Protestwelle im Juni 2013 stattgefunden, bzw. waren von ihr inspiriert. Sie hat den gleichzeitig stattfindenden Confederations Cup – der als Test für die WM 2014 galt – völlig überschattet. Eine große Blamage für die herrschende Klasse Brasiliens. Nachdem auch Polizeirepression die Proteste nicht einschüchtern konnte, hat die Politik die Taktik geändert und begonnen, Zugeständnisse anzubieten. Während die Bewegung wieder abgeebbt ist, ist die dahinterliegende Wut aber weiter gewachsen. Seit letztem Juni gab es eine Welle von Landbesetzungen sowie Studierenden- und Jugendmobilisierungen in den Städten für gratis Öffis. Im Juli und August gab es zwei bundesweite 24-Stunden-Aktionstage, die Streiks und Blockaden von größeren Straßen mit einschlossen. Alleine in Rio hat ein Lehrerstreik für höhere Löhne und bessere Bedingungen zwei Monate 80 % der Schulen paralysiert. ÖlarbeiterInnen haben gegen Privatisierungen gestreikt.

Die Situation in Brasilien bleibt instabil. Die Stagnation der Weltwirtschaft und die Verlangsamung in China wird die wirtschaftliche und soziale Situation in Brasilien nicht verbessern. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass es im Vorfeld der WM im Juni wieder zu Protesten kommen wird.

Brettros

Brasilien:
Annähernd gleichbleibendes GDP per Capita
bei ständig steigendem Verbraucherpreisindex



Zahlen und Fakten: Brasilien

- **Der halbstaatliche Öl-Gigant** „Petrobas“ ist ein gutes Beispiel für die brasilianische Wirtschaft der letzten Jahre. Ende der 1990er-Jahre kaufte sich der Konzern zügig zunächst in den lateinamerikanischen Markt ein und wurde zum dominierenden Faktor. Der Staat hält 33 % der Aktien, hat aber eine Stimmenmehrheit bei allen Entscheidungen. Petrobas dient dennoch, oder deswegen, zunächst Privatinteressen. 2013 verkaufte die PT-Regierung die Förderrechte für das drittgrößte Ölfeld der Welt für 35 Jahre an ein Petrobas-geführtes, internationales Konsortium zum absoluten Niedrigstpreis. Während der Staat seine Dividenden meist in Petrobas reinvestiert (2013: 30 Mrd. €) werden Milliardengewinne an Private ausgeschüttet.
- **Obwohl die Dividenden** seit Jahren steigen, ist der Aktienkurs zusammengebrochen (01/2012 12,49 €; 02/2014 4,22 €). Mit der größten Kapitalerhöhung der Geschichte im Jahr 2010 (70 Mrd. €) ging der Konzern ein enormes Risiko ein, um die Öl-Förderung vor der brasilianischen Küste auszubauen. 2010 schien das angesichts der scheinbar unendlichen, vor allem chinesischen Nachfrage eine gute Idee. Inzwischen steht in Frage, ob sich die sehr teure und enorm riskante Öl-Förderung über Tiefseebohrungen überhaupt lohnt.
- **Der Gesamthandelsüberschuss** (also der Wert der Exporte minus dem Wert der Importe) sank von dem ohnehin schon niedrigen Wert von 29,8 Mrd $ 2011 auf 19,4 Mrd $ 2012. 2012 fiel auch der Anteil von Industrieprodukten am Export auf das Niveau von 2007 zurück.
- **Laut einer Studie** des Magazins „Exam“ sind nur 35 % der Sekundar-SchülerInnen tatsächlich alphabetisiert, also in der Lage, auch längere Texte zu verstehen. Das ist Ausdruck der enormen Bildungskürzungen der letzten Jahre.
- **63,2 % der** privaten Haushalte sind verschuldet, 21,2 % können die Kredite nicht voll bedienen.
- **Bei Zinssätzen** von bis zu 93,93 %/Jahr (Quelle: ESTADO DE SÃO PAULO) ist das auch kein Wunder. Schon 2011 mussten im Schnitt ca.25 % des verfügbaren Einkommens für Kreditraten ausgegeben werden.

Aus der Krise in die Krise

Was wäre, wenn das WM-Finale wegen eines Streiks von ElektrizitätsarbeiterInnen nicht stattfinden könnte?

19 % mehr Lohn für die LehrerInnen! Was die Gewerkschaft in Österreich als weltfremde Spinnerei abtun würde, wurde als Streikforderung der LehrerInnen Brasiliens von 86 % der Bevölkerung unterstützt. Den ArbeiterInnen und Armen Brasiliens reicht es: Nach über zehn Jahren Regierung durch die „Partido dos Trabalhadores (PT)“ („Arbeiterpartei“) voller Versprechen auf eine bessere Zukunft hat sich für die Mehrheit der Bevölkerung nach einigen Jahren langsamer Verbesserungen vieles wieder zum Schlechteren gewandelt. Dabei gab es mit dem „Lulismus“ (erster PT-Präsident: „Lula“ da Silva) tatsächlich ein deutliches Wirtschaftswachstum. Nach den Krisen in Brasilien in den 1990er-Jahren erfreuten sich die Banken dank enormer staatlicher Rettungspakete eines stabilen Rufs. Das half Investitionen anzulocken und die brasilianische Wirtschaft auf den asiatischen Markt auszurichten. Besonders nach China gingen nun jährlich mehr Exporte: Eisenerz, Soja, Öl und Zellulose fanden reißenden Absatz.

Die Lula-Regierung heizte dieses Wachstum durch Privatisierungen, Steuersenkungen für Reiche und Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und öffentlich Bediensteten an. Dennoch stieg auch der Lebensstandard der Ärmeren. Die Arbeitslosigkeit sank und Lula machte billige Kredite für fast alle möglich. So erfüllten sich Millionen BrasilianerInnen lang gehegte Träume wie einen neuen Herd. Mindestlöhne und Familienbeihilfe wurden erhöht, gleichzeitig aber das Gesundheits- und Bildungssystem kaputt gespart. Jetzt müssen viele Kosten für eine ordentliche Behandlung oder Ausbildung privat übernommen werden. Der "neue Mittelstand", von dem oft zu hören ist, ist meist keiner. Haushalte mit zwei Mindestlohneinkommen (2x 205 €) oder auch nur einem Kühlschrank gelten schon als "Mittelstand".

Statt wesentlicher Verbesserungen gab es nur Manöver auf Pump, die später auf die ArbeiterInnen zurück fielen. Auf einmal war Brasilien ein Hoffnungsträger der Weltwirtschaft. Als „BRIC“-Staat (Brasilien-Russland-Indien-China) rückte es in die Warteposition für einen „Platz an der Sonne“ für alle, zumindest laut Regierung. Trotz enormer Korruption und der schreiender Armut von Millionen blieb die Regierung bei Wahlen stabil, die enormen Profite verteilten die Reichen aber unter sich.

Aufgrund der radikalen Vergangenheit der PT, die sich 1980 als sozialistische Opposition gegen die Militärdiktatur gegründet hatte und eine wichtige Rolle bei deren Sturz spielte, und der (oberflächlich) guten Beziehungen zu Kuba, Bolivien und Venezuela wurde Lula oft mit Morales oder Chavez verglichen. 2003 waren es auch v.a. ArbeiterInnen, die die PT wählten. Lula hatte sich aber vom ersten Tag seiner Regierung an mit den Grenzen des Kapitalismus arrangiert. Nur ein Bruch mit diesem hätte Brasilien aber wirklich aus der Armut führen können.

Einen besseren Blick auf die Beziehungen zwischen Brasilien und den anderen Staaten der Region erlaubt ein Ereignis aus dem Jahr 2006. Bolivien verstaatlichte Produktionsstätten von Petrobas, Brasiliens halbstaatlichem Erdölkonzern, der auf massiven Ölreserven sitzt. Das führte zu massiven Spannungen. Auch insgesamt gibt es weniger lateinamerikanische Solidarität, als beinharte Vertretung brasilianischer Interessen, wenn nötig auch gegen die lateinamerikanischen „Brüder“. Brasilien tritt hier als Regionalimperialist auf.

2008 krachte die Weltwirtschaft und mit ihr zu-

nächst auch die brasilianische. Die Regierung reagierte schnell, die Entwicklungen der letzten Jahre wurden drastisch beschleunigt: Neben brutalen Kürzungen, noch mehr Krediten für Arme, teuren Konjunkturpaketen und Steuersenkungen für z.B. Autos (wobei Brasilien kaum selbst Autos produziert) wurde der Handel mit China intensiviert. Die zahlreichen Investitionen Brasiliens in Latein-Amerika wurden dagegen zurückgefahren. Angesichts der „sichereren" Profitquellen aus der Ausbeutung der eigenen Rohstoffe lohnt das Risiko immer weniger. Das funktionierte zunächst sehr gut und Brasilien legte schon 2010 wieder ein ordentliches Wachstum hin. Aber die Wirtschaft richtete sich noch stärker auf den Export von Rohstoffen aus. Eigene Güter-Produktion wurde immer unwichtiger und so geriet Brasilien in wachsende Abhängigkeit von China. Eine sehr kurzsichtige Strategie der Regierung, denn seit 2012/13 geht die Nachfrage aus China stark zurück. Der Gigant wurde inzwischen selbst von der Krise ins Taumeln gebracht. Für Brasilien bedeutet das das Ende des Aufschwungs, für die ArbeiterInnen bedeutet es eine ungewisse Zukunft. Neben wachsender Arbeitslosigkeit sind die enormen Privatschulden die größten Probleme Vieler. Ca. 22 % der KreditnehmerInnen können diese nicht zurückzahlen.

Was schon immer ein Problem war, ist jetzt eskaliert: In den Favelas herrscht Krieg zwischen der brutalen Militärpolizei und kriminellen Banden. Dabei sterben jede Nacht v.a. junge Schwarze, die von der Polizei quasi „auf Verdacht" erschossen werden. Rassismus gegen Schwarze ist ein wachsendes Problem, insbesondere von Seiten des Staates. Auch andere Konflikte, die über Jahre köchelten, sind aufs Neue explodiert. Die UreinwohnerInnen des Regenwaldes sollen der Wirtschaft weichen und wehren sich entschlossen dagegen. Landlose Bauernfamilien kämpfen für ihre Rechte und die BewohnerInnen von Favelas, die für gigantische Bauprojekte geräumt werden sollen, nehmen sich ein Beispiel an Aktionsformen und Militanz der traditionsreichen Landlosenbewegung.

Besonders Letzteres kam 2012/13 immer öfter vor, weil für die WM 2014 und Olympia 2016 Stadien, Hotels und Sonstiges gebaut werden. Doch wie kann es sein, dass bei den Millionen Menschen gekürzt wird, sie verschuldet sind, das Bildungs- und das Gesundheitssystem am Boden liegen und gleichzeitig Milliarden Dollar in die WM und Olympia fließen? Wie passt das zu den Versprechungen von PT und Lulas Nachfolgerin Dilma Rousseff? Die Desillusionierung älterer ArbeiterInnen in die PT trifft sich mit der Wut der jungen Generation, die die PT gar nicht mehr als Kampfpartei gegen die Diktatur, sondern immer mehr als Vollstrecker der KapitalistInnen wahrnehmen.

So entstand die riesige Protestbewegung im Sommer 2013: Fahrpreiserhöhungen in Sao Paolo waren der Auslöser, doch der Katalog der Forderungen war lang und in jeder Stadt anders. Neben sozialen Forderungen ging es auch um Korruption und die Angriffe auf demokratische Rechte. Die PT kam der Bewegung zwar verbal entgegen, aber hetzte gleichzeitig die Polizei auf die Demos. Diese ging mit roher Gewalt vor, schaffte es aber nicht, die Proteste kleinzukriegen. Im Gegenteil: Über zwei Millionen Menschen in über 500 Städten gingen auf die Straße und lieferten sich heftige Schlachten mit der Polizei.

Die Proteste waren aber nicht verknüpft und es gelang nicht, einige zentrale Forderungen herauszukristallisieren, sodass sie schließlich abebbten. Aber sie haben die Wut der ArbeiterInnenklasse aufgezeigt und haben ermutigt. Seitdem häufen sich Streiks und andere Proteste und selbst PT-nahe Gewerkschaften müssen dem Druck der Basis nachgeben und kämpfen. So halten sie aber auch immer noch einen lähmenden Finger auf der Bewegung. Doch das Selbstbewusstsein der ArbeiterInnen steigt mit jedem Kampf. Sozialistische Ideen haben eine reiche Geschichte in Brasilien – und sind der Schlüssel zu einer Zukunft ohne Armut.

Tilman M. Ruster

Marx aktuell

Von ungleicher und kombinierter Entwicklung

Brasilien: Eines der wirtschaftlich und politisch dominanten Länder Lateinamerikas, in dem sich nicht nur einige der größten Städte der Welt befinden, sondern auch modernste Industrie. Dennoch leben Millionen als verelendete LandarbeiterInnen und KleinbäuerInnen in quasifeudalen Verhältnissen. Das gebrochene Versprechen der kapitalistischen Eliten, alle unter ihnen lebenden Menschen in die Moderne zu führen, zeigt sich hier sehr deutlich. Zwar hat die internationale Konkurrenz die KapitalistInnen und ihre Regierungen in rückständigeren Ländern gezwungen, die Entwicklung der Metropolen möglichst sprunghaft nachzuholen. Durch importsubstituierende Industrialisierung und, damit verbunden, eine meist rigide staatliche (oft militärische) Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft wollte man den historischen Rückstand aufholen. Es entstanden moderne Industrien in den Zentren. Dabei war das Ziel der ohnehin weitestgehend vom Imperialismus abhängigen Bourgeoisie, den Westen/Norden einzuholen, utopisch. Im Rahmen globaler kapitalistischer Arbeitsteilung waren die Länder von Anfang an zur (relativen) Rückständigkeit verurteilt.

Immer mehr Menschen entflohen dem ländlichen Elend und übersiedelten ins Städtische. Dazu schrieben Marx und Engels bereits 1847: *„Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen, sie hat die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen."* (Manifest der Kommunistischen Partei).

Ein bedeutender Teil des Landes blieb aber in rückständigen agrarischen Produktions- und Lebensverhältnissen gefangen. Hier wurde nicht nur nicht investiert, die GroßgrundbesitzerInnen und Agrarkonzerne hatten auch großen Einfluss auf das wirtschaftlich relativ schwache Regime und verbaten sich jegliche Einmischung in den eigenen Machtbereich. Dies verhinderte die notwendigen Landreformen und führte zu einem Heer landloser Bauern/Bäuerinnen. Was bleibt, ist die Kombination aus Moderne und Rückständigkeit im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft.

Eine solch ungleiche Entwicklung, die jedoch gleichzeitig (also kombiniert) stattfindet, ist nichts Neues. Das historische Paradebeispiel war das zaristische Russland. Dazu schrieb Leo Trotzki: *„Die Ungleichmäßigkeit, das allgemeinste Gesetz des historischen Prozesses, enthüllt sich am krassesten und am verwickeltsten am Schicksal verspäteter Länder. Unter der Knute äußerer Notwendigkeit ist die Rückständigkeit gezwungen, Sprünge zu machen. Aus dem universellen Gesetz der Ungleichmäßigkeit ergibt sich das Gesetz, das man mangels passender Bezeichnung das Gesetz der kombinierten Entwicklung nennen kann, im Sinne der Annäherung verschiedener Wegetappen, Verquickung einzelner Stadien, des Amalgams archaischer und neuzeitiger Formen."* (Geschichte der Russischen Revolution, 1930). Die moderne Industrie war mit Armut und oft Diktatur kombiniert. Die Lösung der sozialen Frage und das Erreichen demokratischer Rechte ist nur durch die Überwindung des Kapitalismus möglich. In Russland wie in Brasilien.

Jan Rybak

PSOL und die radikale Linke in Brasilien

Die „Arbeiterpartei“ PT, gegründet 1980, verbürgerlichte innerhalb nur einer Generation. Ab 2003 enttäuscht sie all die Hoffnungen in atemberaubendem Tempo. Aggressiver Neoliberalismus und Repression nach außen, Hexenjagd gegen kämpferische Linke nach innen. Die sozialen und Protestbewegungen stehen vor einem Scherbenhaufen. Doch nicht alle sind von der Rechtsentwicklung überrascht. Die Schwesterorganisation der SLP (damals SR, ab '09 LSR) setzt umgehend Initiativen zur Bildung einer neuen breiten sozialistischen Partei. In weniger als zwei Jahren wird die Wut unzähliger AktivistInnen in organisierten Widerstand gewandelt. 2004 gründet sich die PSOL. Anfänglich wird sie von vielen linken Gruppen und aktiven Bewegungen getragen. Sie gibt sich ein weitreichend sozialistisches Programm und kämpferisches Auftreten. Diese positiven Ansätze werden in Folge von einer Tendenz untergraben, die fast ausschließlich auf Wahlen ausgerichtet ist. Wie sollen SozialistInnen mit dieser scheinbaren Gesetzmäßigkeit umgehen, dass selbst vielversprechende Projekte unter Druck ihre Ideale verraten?

Die gesellschaftliche Wirklichkeit beeinflusst die Auseinandersetzungen in linken Organisationen.

Die Präsidentschaftswahlen 2006 bringen der PSOL 6,5 Mio. Stimmen. Ein solches Wachstum zieht KarrieristInnen an. So gelingt es dem rechten Flügel, das Programm zu verwässern. Angeblich, um bestimmte Schichten „nicht abzuschrecken“. Damit die PSOL zu einer ArbeiterInnen-Massenpartei wird, die nicht korrumpiert und verbürgerlicht, argumentiert die LSR für ein sozialistisches Programm (Vergesellschaftung, ArbeiterInnenkontrolle) und Prinzipien wie Facharbeiterlohn für FunktionärInnen. Sie sammelt Kräfte in Form von AktivistInnen und Positionen innerhalb der PSOL. Dies ist nötig, unabhängig vom weiteren Weg der PSOL. Dieser wird in den kommenden Konflikten entschieden. Es ist möglich, dass die bürokratischen Teile das Scheitern der PSOL besiegeln werden. Ein Anlauf für eine neue Massenpartei würde nötig werden. Gibt es dann keine gefestigte marxistische Struktur, verliert man die Chance, aus dem Negativbeispiel Schlüsse zu formulieren und in ein neues Projekt gezielt einzubringen.

Die eigentliche Aufgabe einer revolutionären Partei steckt in der Überwindung des Kapitalismus. Es ist kaum eine schwierigere Mission vorstellbar. Eine überhebliche oder zynische Beurteilung ist unangebracht, wenn es um Programm-Streitigkeiten, Spaltungen, Mitgliedschaften und Bündnisse geht. Letztlich stecken hinter allen organisatorischen Umbrüchen, Zerwürfnissen sowie Neubildungen soziale Interessen. Eine Organisation ist ein Vehikel zur Umsetzung ebendieser und damit ein Mittel zum Zweck.

Der gleichzeitige Aufbau einer marxistischen Strömung parallel zu einer größeren neuen ArbeiterInnen-Partei wird als 'doppelte Aufgabe' bezeichnet. Die Notwendigkeit dafür entspringt der Lage, die durch den Zusammenbruch des Stalinismus sowie die vollständige Rechtsentwicklung bzw. Verbürgerlichung der sozialdemokratischen und „kommunistischen“ ehemaligen Massen-Parteien entstanden ist. Hinzu kommt: die Vielfalt in den unterdrückten Schichten prägt die soziale Komplexität einer breiten Partei. In Brasilien reicht der Bogen von BewohnerInnen der Favelas über die Landlosen, Gruppen von Indigenas im Kampf gegen die Zerstörung ihrer Lebensräume, die städtischen ArbeiterInnen, Studierende, Erwerbs-Arbeitslose, Öffentlicher Dienst bis zu jenen Mittelschichten, die sich sozial und politisch der ArbeiterInnenschaft annähern.

Die Zeichen der gesellschaftlichen Entwicklung stehen auf Sturm. Jene innerhalb der PSOL auch. Die Dinge beeinflussen sich gegenseitig, wobei es auch Massenkämpfe geben kann, wenn die PSOL diese nicht aktiv voranbringt. Allerdings ist für mittel- und langfristige Erfolge solcher Bewegungen die Klammer einer ArbeiterInnen-Partei zentral. Ohne Forderungen und Ideen, die über die Tagesgeschäfte hinausreichen, verebben Bewegungen zu leicht aufgrund von politischer Desorientierung und Zersplitterung. Die Rückwirkung folgt auf dem Fuß: Ohne erfolgreiche Massenbewegungen droht selbst die ernsthafteste marxistische Organisation zu einem Statisten der historischen Abläufe zu verkommen.

LSR lässt sich durch die Probleme innerhalb der PSOL nicht davon abhalten, aktiv an Kämpfen teilzunehmen und diese auch zu initiieren: Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen, Aufbau einer Frauen-Bewegung gegen die weitverbreitete Gewalt und das enorme Lohngefälle (73 % weniger als Männer), Landbesetzungen in den Vororten von Sao Paolo und die Vorbereitung einer Konferenz, um die Proteste anlässlich der Fußball-WM auf eine solide Basis zu stellen.

Franz Neuhold

Rekord-Jugend-arbeitslosigkeit

Gerade jene, die frisch aus der Schule kommen, die Jungen, müssen die immer härter werdenden Umstände am Arbeitsmarkt tragen. Nicht etwa Faulheit, Arbeitsverweigerung oder ein zu niedriges Bildungslevel, sondern Arbeitsplatzabbau und Prekarisierung sind dafür verantwortlich. 54,3 % aller SpanierInnen unter 25 sind arbeitslos. In Griechenland liegt der Wert mit 59,2 % sogar noch höher. Vielen bleibt nichts anderes übrig als ihr Glück im Ausland zu versuchen. Diese Verzweiflungstaten haben nichts mit einem Auslandssemester zur Erweiterung des Horizonts zu tun.

Fernab von allen Klischees etwaiger „Auslandstagebuch-Doku-Soaps“ ist das Ausdruck von tiefster Perspektivlosigkeit. Gerade junge Menschen aus Irland, Spanien, Portugal, Griechenland und Osteuropa finden immer seltener die Möglichkeit, sich in ihren Heimatländern eine Existenz aufzubauen. Für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit hat die EU magere sechs Milliarden Euro vorgesehen – 0,86 % der von der EU bereits zur Bankenrettung ausgegebenen Mittel. Alleine die Relation der Beträge zeigt, wo der Fokus der herrschenden Politik wirklich liegt.

Aber auch in Österreich, wo uns weisgemacht wird, wir hätten die Krise gut überstanden, steigt die Jugendarbeitslosigkeit. Knapp jedeR 10. unter 25 arbeitslos. Lösungsansätze gibt es zwar viele, im Kern unterscheiden sie sich jedoch nicht. Immer wird die Schuld beim Einzelnen, nicht aber beim offensichtlich maroden System gesucht. Es braucht kein Studium in Wirtschaftswissenschaften, um zu erkennen, dass mehr Bildung die Arbeitslosenrate nicht senken wird. Ein besseres Bildungssystem ist nötig, ändert aber am Problem Arbeitslosigkeit nichts. Es zeugt angesichts zehntausender junger Menschen, die gezwungenermaßen aus ihrer Heimat emigrieren müssen, von unglaublichem Zynismus, davon zu sprechen, das System würde funktionieren! Wirkliche Lösungen müssen das Problem an der Wurzel packen. Durch Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und ein Wirtschaftssystem, in dem die Betriebe unter demokratischer Kontrolle der Belegschaft stehen. Dann ist die Voraussetzung für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit gegeben.

Stefan Reifberger

Nicht mit mir!

Die SLP-Kampagne gegen Rollenklischees, dumme Sprüche und sexistische Werbung.

Wir sind junge Frauen und Männer, die sich gemeinsam gegen Rollenklischees, dumme Sprüche und sexistische Werbung wehren. Uns regt es auf, dass Frauen noch immer schlechter bezahlt werden. Size-Zero-Models finden wir nicht nachahmenswert. Die Liste an Problemen lässt sich noch lange weiterführen. Deshalb wehren wir uns und machen Aktionen und Proteste. Die erste Aktion fand auf der Mariahilferstraße statt. Wir gingen die gesamte Straße ab und überklebten sämtliche sexistischen Werbeplakate. Die Reaktionen darauf waren sehr positiv; einige junge Frauen bedankten sich bei uns. Auch auf Facebook bekommen wir sehr viel Zuspruch. Einige Frauen haben uns schon Zitate von ihren Erfahrungen mit Sexismus geschickt. Sandra z.B „Wenn ich hinter der Bar stehe, ist es nur halb so schlimm. Die Leute haben einen gewissen Respekt vor mir. Aber sobald ich davor stehe, fühle ich mich wie bei einer Fleischbeschau.“

Wenn auch du gegen Sexismus und den Kapitalismus bist, der dahinter steht, werde aktiv und unterstütze uns bei den Aktionen und Protesten. Komm zu unserem Seminar am 9 März! Hier diskutieren wir über die Ursachen von Frauenunterdrückung, warum das im 21. Jahrhundert noch ein Thema ist, wie das mit der Wirtschaftskrise zusammenhängt und welche Bewegungen es dagegen international gibt.

Yanna Ndiaye

Anmeldung zum Seminar unter slp@slp.at

Putschversuch im Namen der Jugend

Jedes Jahr wird in Venezuela am "Tag der Jugend" aller Jugendlichen gedacht, die während des Unabhängigkeitskrieges 1814 kämpften und starben. 200 Jahre danach nutzt die antisozialistische Opposition diesen Anlass, um Kundgebungen gegen die Regierung Maduro zu organisieren. Dieser wird vorgeworfen, zu wenig gegen Inflation, Korruption und Kriminalität vorzugehen. An der Spitze steht Leopoldo López, einer der Drahtzieher des Putsches gegen Chávez 2002. Teile der Linken sprechen bereits von einem drohenden Putsch und stellen sich unkritisch auf Seiten der Regierung, während Teile der Rechten von einer "Befreiung von der Diktatur" sprechen. AktivistInnen des CWI versuchen, die berechtigte Kritik mit einem Kampf um die Verteidigung der sozialen Errungenschaften der letzten 15 Jahre zu verbinden.

Pablo Hörtner

Fundstück des Monats

Atomlobbyisten Stermann & Grissemann?

Sie werben für „Wasserkraft“ vom Verbund – doch „übersehen“ sie, dass dieser schon oft (u.a. von Greenpeace) dafür kritisiert wurde, Atomstrom zu vertreiben und dies laut oekonews.at noch immer tut. Aber wer für die WKO geworben hat, hat wohl auch kein Problem, als Feigenblatt für Atomkraft zu agieren...

Südafrika: Zeit für was Neues!

Die politische Landschaft in Südafrika ist vor den Wahlen 2014 im Umbruch.

Die Bergbau-Streikwelle 2012 mit dem Marikana-Massaker war der Auftakt einer neuen Phase des Klassenkampfes in Südafrika. Nun hat ein Sonderkongress der MetallarbeiterInnen-Gewerkschaft NUMSA entschieden, dem regierenden African National Congress (ANC) die Unterstützung zu entziehen. Zusammen mit der Entstehung der 'Workers and Socialist Party' (WASP) und den Wahlen im Frühjahr 2014 wird sich die politische Landschaft in Südafrika entscheidend verändern.

Die Abwendung der ArbeiterInnenklasse vom ANC, der in den 80ern für den Befreiungskampf der unterdrückten schwarzen ArbeiterInnenmassen stand, hat schon vor längerem begonnen. Der ANC hat sich nach '94 mit dem Kapitalismus arrangiert und dessen Fortbestand gesichert. Arbeitslosigkeit und Armut haben sich unter der ANC-Regierung verschlimmert. Die soziale Ungleichheit ist im internationalen Vergleich rekordverdächtig. 12 Mio. Menschen gehen hungrig zu Bett. Im Unterschied zu vor '94 gibt es jetzt auch schwarze KapitalistInnen. Die heutige Apartheid ist eine soziale.

In Marikana haben die ANC-Regierung, Berbau-Bosse und die Führung der alten Gewerkschaft NUM bei der Erschießung von 34 streikenden Bergleuten zusammengearbeitet. Daher hat das Democratic Socialist Movement (DSM, CWI in Südafrika) gemeinsam mit den Streikkomitees der Bergleute im Dezember 2012 die Gründung der WASP beschlossen. Das Nationale Streikkomitee, das am Höhepunkt des Streiks mehr als 150.000 'Miners' repräsentierte, unterstützt wie viele andere die WASP.

Der Bergbau bleibt ein Pulverfass. Nach einer Kampfpause Anfang 2013 haben die Bergleute in der zweiten Jahreshälfte wieder und wieder gestreikt. Und die Streiks werden 2014 weiter gehen. Die sogenannte „Tripartite Alliance“ aus ANC, KP (SACP) und dem Gewerkschaftsbund COSATU kann ihre inneren Widersprüche nicht mehr überbrücken. In fast allen Teilgewerkschaften von Cosatu kommt es zu Spaltungen. Es entsteht eine neue Generation unabhängiger Gewerkschaften. Cosatus größte Teilgewerkschaft NUMSA, die sich selbst als „revolutionäre Gewerkschaft“ beschreibt, kämpft für einen Sonderkongress von Cosatu. Die ANC-nahe Führung will diesen erst nach den Wahlen 2014 abhalten. Daher hat NUMSA ihren eigenen Sonderkongress Ende 2013 durchgeführt. NUMSA sieht so wie DSM das Marikana-Massaker als Wendepunkt und wird den ANC nicht mehr finanziell unterstützen. Sie hat auch alle Verbindungen mit der SACP gekappt und ruft dazu auf, dass Cosatu das Bündnis mit ANC und SACP beendet.

Noch vermeidet NUMSA es, eine alternative Partei zu unterstützen. Aber das soll nicht über die Dramatik der Entscheidungen des Sonderkongresses hinwegtäuschen. Aufgrund der Größe des politischen Vakuums ist die WASP nicht die einzige neue Kraft links des ANC. Julius Malema, ehemaliger Präsident der ANC-Jugendliga, hat jüngst die 'Economic Freedom Fighters' (EFF) gegründet. Er stützt sich auf arme schwarze Jugendliche, die Armen in den Städten, aber auch auf privilegiertere Schichten, die vom ANC frustriert sind. Die EFF haben ein linkspopulistisches Programm mit Landreform (Modell Zimbabwe) und Staatsintervention (Modell China). Malemas Verbindungen und die Ressourcen eines Teiles der neuen schwarzen Elite haben ihm raschen Erfolg gebracht. Die EFF hat ein beschränktes Programm. Doch aufgrund seines Populismus sind für Teile der ArbeiterInnenjugend die Unterschiede zwischen EFF und WASP nicht klar. Die Einheit gegen die ANC-Regierung sollte daher über den Differenzen der linken Kräfte stehen. Leider haben die EFF den Vorschlag der WASP für eine Zusammenarbeit in Form einer Wahlplattform (bei Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der einzelnen Organisationen) abgelehnt. Unter organisierten ArbeiterInnen werden die EFF mit Vorsicht gesehen. Der NUMSA-Sonderkongress hat sie abgelehnt. Doch angesichts des wachsenden Hasses auf den ANC könnten die EFF Stimmen von ArbeiterInnen anziehen, die dem ANC eine Niederlage zufügen wollen.

Die Wahl 2014 wird die am heißesten umkämpfte seit dem Ende der Apartheid. Es wird die erste Wahl sein, wo die nach 1994 Geborenen wählen dürfen. Es ist möglich, dass der ANC unter die 50 %-Marke fällt. Die KapitalistInnenklasse plant bereits für ein solches Szenario. Die traditionelle Partei der Weißen, die Demokratische Allianz (DA), versucht sich ein "schwarzes Gesicht" zu geben, um an die schwarze Bevölkerung zu appellieren. Zusätzlich hat Weltbankmanagerin und Ex-Befreiungskämpferin Mamphela Ramphele "Agang SA" gegründet. Ein Zerbrechen der Tripartite Alliance kann auch zu einer Koalition der DA mit Agang und Teilen des ANC als neue sichere Regierung des Kapitals führen.

Der Pfad in Richtung politische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse wurde mit der WASP-Gründung sowie der Entscheidung der NUMSA erstmals betreten. Die WASP wird in diesem Prozess zentral bleiben. Sie wird mit allen Kräften zusammenarbeiten, die wirklich für die Interessen der ArbeiterInnenklasse kämpfen wollen.

Sean Figg, DSM,
http://www.socialistsouthafrica.co.za/

Ukraine – Wie weiter?

Die Ukraine scheint in eine neue Periode einzutreten. Wird der politische Wechsel mit einer Veränderung der sozialen Lage einhergehen? Welche Perspektive haben die ukrainischen ArbeiterInnen?

Wie auch immer eine neue Regierung aussehen wird,wer auch immer PräsidentIn wird: Neben den bürgerlichen Oppositionsparteien von Klitschko, Jazenjuk und Timoschenko wird die neofaschistische „Svoboda“ Tyahniboks eine ganz zentrale Rolle spielen. Auch weil die nationale Frage zuletzt immer mehr in den Vordergrund der Proteste getreten ist – bis hin zum Zerfall der Ukraine. Auch der Einfluss der – in sich uneinigen – ukrainischen Oligarchenkaste scheint ungefährdet: Sämtliche Oppositionsparteien werden vom einen oder anderen gesponsert.

Doch darf nicht vergessen werden, dass die Proteste ursprünglich aus der verzweifelten wirtschaftlichen Lage der breitesten Bevölkerungsschichten entstanden (der Durchschnittslohn liegt bei 250 €). Dass sich die ukrainische KP mit ihren 32 Abgeordneten sogar hinter Janukowitsch gestellt hat, wirft ein bezeichnendes Bild auf die Konfusion der „Linken“ im Land.

Die kommende Periode wäre zu nutzen, um eine schlagkräftige sozialistische Kraft zu organisieren und die gemeinsamen Interessen der ArbeiterInnen beider Landesteile ins Zentrum zu rücken. Die zentralen Forderungen und Inhalte müssten sich vom korrupten Regime Janukowitsch´ genauso distanzieren wie von der ebenso korruptionsgebeutelten Timoschenko – sowie von der blinden Europa-Gläubigkeit eines Klitschko und dem Nazi-Slogan „Slava Ukrajini!“ („Ruhm der Ukraine!“). Konkret bedeutet das die Übernahme zentraler – auch ausländischer – Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle sowie die Wahl von Komitees auch und vor allem in der Armee. Die Auslandskonten der OligarchInnen sind nicht nur einzufrieren, sondern zu enteignen. Gerade weil die Korruption so ein brennendes Thema ist, ist die Forderung nach Durchschnittslohn für PolitikerInnen von eminenter Bedeutung. All das ist zentral, um der extremen Rechten nicht das Feld zu überlassen!

Auch wenn die Aussichten dafür mittelfristig nicht allzu vielversprechend erscheinen: Die Geschichte hat gezeigt, dass sich gerade in Zeiten politischer Umwälzungen die Dinge ganz schnell ändern können.

Alexeij Svojtko

Keine Militärintervention!

Bosnien: Solidarität mit den Protesten gegen Korruption, Privatisierung und Ausbeutung!

In Bosnien wehren sich ArbeiterInnen, Studierende, Erwerbslose und PensionistInnen gegen Entlassungen, kriminelle Privatisierungspraxis und Korruption. Der Westen, der mit seinen Firmen und Banken den Reichtum des Balkans abschöpft, schaut voll Angst auf die Entwicklungen. Der österreichische Diplomat und Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft, Inzko, stellt eine militärische Intervention in Aussicht. Österreich stockt seine Soldaten in Bosnien auf. Damit soll die bisherige korrupte Elite stabilisiert und die Interessen ausländischer Firmen geschützt werden. Eine militärische Intervention ist abzulehnen. Sie schafft keine Sicherheit und keine Stabilität, sondern steht direkt gegen die Interessen der Bevölkerung.

Doch für eine Zukunft ohne Massenarbeitslosigkeit müssen die Betriebe von der öffentlichen Hand übernommen und von den ArbeiterInnen gemeinsam mit VertreterInnen der Gewerkschaften und der KonsumentInnen verwaltet und kontrolliert werden. Die Plena, die überall entstehen, können der Ansatz nicht nur für die demokratische Verwaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch für eine völlig andere Form von „Regierung“, nämlich durch VertreterInnen der ArbeiterInnenbewegung, sein. Und eine Zusammenarbeit aller Völker in Bosnien und mit den Protestbewegungen in anderen Ländern des Balkans, in Süd- und Osteuropa ist dringend nötig.

Vollständige Stellungnahme unter www.slp.at

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Israel: Für Flüchtlingsrechte!

Am 5.1. streikten zehntausende AsylwerberInnen in Israel gegen die rassistische Politik des dortigen Innenministeriums. Alleine in Tel Aviv gingen 20.000 afrikanische Flüchtlinge auf die Straße. Der Hauptgrund für die massiven Proteste war die Illegalisierung der meisten AsylwerberInnen durch das Parlament. Das „Socialist Struggle Movement“ (CWI in Israel) ist Bestandteil der Proteste. Die Hauptforderungen des CWI sind unter anderem der gemeinsame Kampf von ArbeiterInnen - ohne Spaltung in „In- und Ausländer“ - gegen die rassistische Agenda der Regierung. Ein weiterer Punkt ist der Kampf gegen Niedriglohnjobs (von denen vor allem Flüchtlinge betroffen sind). Wichtig auch die Solidarisierung und Zusammenarbeit zwischen Flüchtlingen und den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung.

http://maavak.org.il/

Schottland: Gegen Bedroom Tax

Vor knapp einem Jahr wurde in Schottland die “Bedroom Tax” eingeführt. Sie diente dazu, den sozial Schwächsten Mietbeihilfen zu streichen. Als Reaktion organisierte die „Socialist Party“ (CWI in Schottland) im Februar und März 2013 öffentliche Treffen, die schnell das Potenzial für den Aufbau einer großen Kampagne zeigte. Es gab Massendemonstrationen, Kundgebungen und Proteste bei Regierungstreffen, zentral organisiert von der Scottish Anti-Bedroom Tax Federation. Mit der Parole „Axe, Axe the Bedroom Tax“ und der Ankündigung einer Verteidigungsorganisation gegen Zwangsräumungen wurde massiver Druck aufgebaut. Seit September 2013 ist die schottische Regierung auf dem Rückzug; nun wurde die Steuer zurückgeschlagen! Ein Erfolg, der Schule machen wird...

www.socialistpartyscotland.org.uk/

Hongkong: ISS

Am 19.1. demonstrierten 5.000 ArbeiterInnen in Hongkong für die Rechte von MigrantInnen. Auslöser war die Vergewaltigung einer 23-jährigen Arbeiterin aus Indonesien. AktivistInnen der MigrantInnen-Gewerkschaften besetzten Mitte Februar die Büros des ISS, in die die Regierung die Leistungen für MigrantInnen ausgelagert hatte. Das CWI in Honkong ist aktiver Teil der Proteste.

http://www.socialism.hk/

Schluss mit der Gewalt!

Was sind drei Fensterscheiben gegen die Leichenberge des Kapitalismus?

Nach den Protesten gegen den rechtsextremen Wiener „Akademikerball“ stießen FPÖ, Krone & Co eine „Gewaltdebatte“ an. Es wurde nicht mehr über den rechtsextremen Ball diskutiert – sondern über ein paar zerbrochene Fensterscheiben. Besonders hervor taten sich Grüne wie Peter Pilz: "Es gibt eine Grenze, und die heißt 'Gewalt'. Wer sie überschreitet, gehört nicht zu uns." verlautbarte er.

Haben die einzelnen Akte des Vandalismus den Protesten geholfen? Nein, das steht außer Frage. Im Gegenteil: Sie waren eine Einladung an Staat und Medien, die Linke als Ganzes zu kriminalisieren. Doch darum geht es Pilz & Co nicht. Sondern darum, Politik, die sich nicht an die Grenzen des Systems hält, als „gewalttätig“ und deswegen „böse“ zu schubladisieren. Die „Gewalt“ gegen Fensterscheiben ist den bürgerlichen Medien unzählige Artikel und Fernsehbeiträge wert – die Ermordung von 14 Flüchtlingen durch die spanische Grenzwache zwei Wochen später kaum eine Randnotiz. Wenn in Bagdad mal wieder 60 Menschen durch einen Anschlag sterben, wird das gar nicht mehr wahrgenommen. Aber auch die himmelschreiende Gewalt, mit der AsylwerberInnen in Österreich behandelt werden, oder die allgegenwärtige häusliche Gewalt, mit der sich Frauen konfrontiert sehen, sorgt höchstens für mitleidiges Achselzucken.

Wir alle erleben täglich Gewalt, ob im persönlichen Umfeld oder in den Nachrichten. Abscheu davor zu empfinden ist verständlich, es ist sogar ein Zeichen gesamt-zivilisatorischen Fortschritts. Doch Gewalt ist Teil des Kapitalismus, und sie wird es immer bleiben. Im „Kapital“ beschreibt Marx die Entstehungsgeschichte des Privateigentums und die Methoden, die dazu notwendig waren: „Diese Methoden beruhn zum Teil auf brutalster Gewalt, z.B. das Kolonialsystem. [...] Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“

Wenn in Kambodscha hunderte ArbeiterInnen bei einem Fabrikbrand umkommen, weil das Unternehmen bei Sicherheitsvorkehrungen gespart hat, ist das Gewalt. Wenn der griechische Staat über streikende Fährleute die Militärgerichtsbarkeit verhängt, ist das Gewalt. Wenn die EU durch ihr Spardiktat die Lebensstandards von zig Millionen ArbeiterInnen und Jugendlichen ruiniert, ist das Gewalt. Wenn in Österreich 1 % der Bevölkerung 37 % des Reichtums besitzt, jedoch 50 % nur 2,2 % – dann ist das Gewalt. Wenn in einer Zeit, in der es technisch möglich wäre, ausreichend Nahrung und Medikamente zu produzieren, Menschen noch an Hunger oder heilbaren Krankheiten sterben – dann ist das Gewalt.

Die Gewalt des Kapitalismus übersteigt durch ihre Ausmaße jegliche Vorstellungskraft, auch deswegen wirkt sie so oft abstrakt. Doch das macht sie nicht weniger tödlich. Wenn wir wollen, dass diese Gewalt aufhört, müssen wir das System stürzen. Wenn wir dies tun, tun wir nichts anderes, als ihm und seinen VertreterInnen die Möglichkeit zu nehmen, diese Gewalt auszuüben. Dabei müssen wir in der Lage sein, uns zu wehren. Ist es verwerflich, einen besetzten Betrieb zu verteidigen, wenn nötig auch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln? Wir finden: Nein.

So sehr wir Gewalt auch verabscheuen mögen: Sie ist, wie alles andere, nicht per se „gut“ oder „böse“. Gewaltausübung hat immer gesellschaftliche Hintergründe und dient einem konkreten Zweck. Wir verstehen und unterstützen es, wenn sich eine Frau gegen ihren Vergewaltiger wehrt oder ArbeiterInnen ihre Bosse einsperren, um ihre Jobs zu behalten. In beiden Fällen sind die „Gewalttätigen“ nicht Aggressoren, sondern wehren sich gegen die Folgen eines Systems, das strukturell und ideologisch gewalttätiger ist, als sie es je sein könnten. Leo Trotzki schreibt in „Ihre Moral und unsere“ (1938): „Aber nichtsdestoweniger sind doch Lüge und Gewalt 'an sich' zu verurteilen? Selbstverständlich: ebenso wie die Klassengesellschaft, die sie erzeugt. Eine Gesellschaft ohne soziale Widersprüche wird natürlich eine Gesellschaft ohne Lüge und Gewalt sein. Doch kann man zu dieser Gesellschaft nicht anders eine Brücke schlagen, als unter Anwendung von revolutionären, d.h. gewaltsamen Mitteln.“

In gewisser Weise mag die Enteignung eines Waffenproduzenten „Gewalt“ darstellen. Doch was ist sie gegen die Gewalt, die seine Waffen täglich ausüben? Was ist sie vor dem Hintergrund, dass nach der Enteignung die Produktion in seinen Fabriken auf Güter umgestellt werden kann, die Leben retten statt sie zu zerstören?

Historische Beispiele wie Russland, Spanien oder Chile zeigen, dass das herrschende kapitalistische System bereit ist, tödliche Gewalt anzuwenden, um weiterbestehen zu können. Auch aktuell in Syrien, der Türkei und Bosnien wird im Namen der „rechtsstaatlichen Ordnung“ geprügelt und geschossen. Wenn wir den Kapitalismus stürzen wollen, müssen wir darauf gefasst sein, dass seine RepräsentantInnen ihre Macht nicht freiwillig hergeben.

Diesen revolutionären Prozess so unblutig wie möglich zu machen, auch das gehört zu den Aufgaben einer revolutionären Organisation. Denn ein Programm, das die Bedürfnisse und Nöte ins Zentrum steckt und umreißt, wie die Macht möglichst effektiv aus den Händen des Kapitals in den Schoß der ArbeiterInnenklasse gelegt werden kann, ist der beste Garant gegen unkontrollierte Gewaltausbrüche und Bürgerkriegsszenarien – aber auch gegen die Gewalt dieses Systems.

Sebastian Kugler

SLP-Programm genau erklärt:

Ausbau und Einführung öffentlicher Einrichtungen, die Hausarbeit und Kinderbetreuung kostenlos übernehmen und Frauen für das politische und gesellschaftliche Leben freispielen.

Die formale Gleichberechtigung der Frau ist zu wenig.

Frauen leisten weltweit 2/3 der unbezahlten Arbeit. Sie kochen, putzen, waschen, kümmern sich um die Kinder und pflegen Angehörige. Der Kapitalismus erspart sich dadurch Unmengen an Geld. Denn diese Arbeit spielt einerseits den Partner frei, damit er vollständig dem Unternehmen als Arbeitskraft zur Verfügung steht. Zweitens werden die gesellschaftlichen Kosten für das Großziehen der nächsten Generation in die Privatheit der Familie abgewälzt und müssen nicht von den Unternehmen finanziert werden. Eine "Vergesellschaftung der Hausarbeit" bedeutet den quantitativen und qualitativen Ausbau öffentlicher Einrichtungen auf allen Ebenen: Auch das bestehende Sozial- und Gesundheitswesen (inkl. Altenpflege, Kindergärten und Behindertenbetreuung) müsste ausgebaut, mehr Personal eingestellt und die Jobs besser bezahlt werden. Die Bolschewiki erklärten 1919 in ihrem Programm: "Die Partei, die sich nicht auf formale Gleichberechtigung der Frau beschränkt, ist bestrebt, die Frauen von den materiellen Lasten der Hauswirtschaft zu befreien, indem sie an deren Stelle kommunale Häuser, öffentliche Speisehäuser, zentrale Wäschereien und Kinderkrippen setzt." Hausarbeit und Kinderbetreuung sollten keine individuelle Aufgabe der Frau in der Familie sein, sondern vom Staat bereitgestellt werden. Nicht nur in der jungen Sowjetunion, sondern auch im Roten Wien gab es dahingehende Angebote. Durch solche Maßnahmen könnten Frauen Zeit für ein eigenes Leben haben und sich aktiv an Politik und Kultur beteiligen.

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im *'Wiener Café'*
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im *'Stockwerk'*
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im *'Alte Welt'*, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im *'Shakespeare'*
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
in der *'Libreria Utopia'*
15., Preysingasse 26-28/1
(U3 Schweglerstraße)

SLP Wien-Nord
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der *'Pizzeria La Piazza'*
20., Gaussplatz 7
(31 bis Gaussplatz oder
Nähe U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Mitte
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im *'Kebab-Haus'*
4., Operngasse 26
(Nähe Karlsplatz)

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf **www.slp.at**

Internationalismus und Patriotismus

Die Angriffe der EU, des internationalen Kapitals, des Imperialismus sind aggressiv und brutal. Doch die SLP hat bewusst kein „Österreich" im Namen. „Die ArbeiterInnen haben kein Vaterland" bedeutet nicht, dass ArbeiterInnen ihre Heimat nicht lieben würden. Es bedeutet aber schon, dass das „Vaterland" ein bürgerliches Konzept ist (die Nation im heutigen Sinn ist mit dem Kapitalismus im 19. Jahrhundert entstanden). Gerade im globalisierten Kapitalismus ist jede Antwort auf die Krise, die sich im nationalstaatlichen Rahmen abspielt, zum Scheitern verurteilt. Abwanderung von Betrieben kann nur verhindern, wer Löhne und Sozialleistungen senkt. Natürlich kann die „eigene" Regierung leichter unter Druck gesetzt werden, als eine, die tausende Kilometer weit weg sitzt und unter anderen Drücken steht. Doch an ihrer Interessengemeinschaft mit den KapitalistInnen ändert das nichts. Mit Austro-Patriotismus wird die Illusion geschürt, der Logik des internationalen Kapitalismus könne national entkommen werden. Und es wird eine gefährliche Ableitfläche zum Rassismus beschritten. Doch die Krise kann nur international bekämpft werden.

Andere über uns

VICE interviewte „Europa Anders" und fragte, warum die SLP nicht dabei ist. Die Antwort: „Sie hat in manchen Punkten einen radikaleren Ansatz, der, befürchte ich, nicht mit dem von Europa Anders kompatibel ist." - Da können wir nur zustimmen! Eine VICE-Doku über die Proteste gegen den Akademikerball zeigt ebenfalls die Rolle der SLP . Von „Europa Anders" keine Spur. Vielleicht ist „radikal" sein gar nicht so schlimm!

Solidaritäts-Lesung gegen Polizeirepression : Andreas Pittler Der politische Polizist Bronstein

Andreas Pittler liest angesichts des Erscheinens seines neuesten Buches Charascho aus diesem und vergangenen Werken. Im Zentrum steht die politische Seite des Kommissar Bronstein - und zwar insbesondere zu den Themen Flucht, Asyl, Migration und Polizeirepression. Denn die Lesung ist eine Solidaritätsveranstaltung für die Opfer von Polizeiwillkür anlässlich der Abschiebung von Flüchtlingen von Votivkirche/Servitenkloster. Spenden für die diversen Polizeistrafen von SLP-lerInnen sind daher erbeten.

Wir freuen uns auch über Spenden auf unser PSK-Konto (IBAN AT25600000000 8812733, Verwendungszweck: Repression)

(c) Marlene Mayer

Fr 21.03.2014
um 19.00
„Librería Utopía"
Wien 15
Preysinggasse 26-28

VORWÄRTS
Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

***Jahres-Abo** (10 Ausgaben)*
*€ 24,- **Normal-Abo***
*€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen*
*ab € 7.-/Monat: **Alles Inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)*

VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

VORWÄRTS

SLP Sozialistische LinksPartei

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

€ 1,– / € 2,– Nr. 226 | 03.2014

One Billion Rising

Mehr auf Seite 5

Der Staat rüstet auf

Gemeinsam gegen Repression und Unterdrückung

In den letzten Jahren erleben wir eine Zunahme der staatlichen Gewalt gegenüber Flüchtlingen, sozialen Bewegungen und AktivistInnen. Diese repressiven Maßnahmen sind nicht etwa Ausdruck von PrügelfetischistInnen in der Führungsebene des Innenministeriums, sondern haben System!

Unter den Schlagwörtern „Cyber-Sicherheit", „militärische Spezialisierung" und „Antiterror" werden neue Waffen angeschafft und demokratische Grundrechte ausgehebelt. Beispiele? Bis 2018 sollen für ca. sechzehn Millionen Euro Drohnen angeschafft werden (für Katastrophenschutz?!) und Mikl-Leitner (VP) plant den Ausbau der Kameraüberwachung – z.B. an Österreichs Grenzen. Platz- und Vermummungsverbote bei Protesten gegen den Akademikerball, ebenso das gewaltsame Vorgehen der Polizei, zeigen ebensodeutlich die Marschrichtung.

Grund für diese offenkundige Angst vor Protesten ist die Wirtschaftskrise. Klassenkämpfe nehmen weltweit zu, die Herrschenden zittern vor „Revolutionen". Die Staaten investieren in Aufstandsbekämpfung, um Widerstand wie in von der Krise aktuell stärker gebeutelten Ländern (Griechenland, Bosnien, etc.) im Keim zu ersticken. Gemeinsam mit Gewerkschaften, MigrantInnen und ArbeiterInnen ist es unsere Aufgabe, diese staatliche Repression zurückzuschlagen!

Moritz Erkl

Die Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.